

Landeszeitung für die Provinz Sachsen.

1921 Nr. 352

für Anhalt und Thüringen.

Jahrgang 214

Bezugspreis: für dieses und ansonstige Bezüge monatlich Mk. 1.40, vierteljährlich Mk. 3.20, halbjährlich Mk. 6.00, jährlich Mk. 11.00. Durch die Post bezogen monatlich postals. Zahlbetrag. Geschäftsstelle Halle-Saale: Leipziger Straße 61/62. Fernruf Central 7801. Eröffnung von 7 Uhr an Redaktion 6000 und 6610. — Postfach: Leipzig 20512.

Morgen-Ausgabe
Donnerstag, 4. August

Anzeigenpreis: Die 6 Spalten, 24 mm breite, 1 mm-Gebühren 0.04. Die 24 Spalten, 20 mm breite, 1 mm-Gebühren 0.04. Rabatt nach 2000. Eröffnungspost Halle-Saale. Geschäftsstelle Berlin: Bernburger Str. 30. Fernruf Zini Hauptstadt Nr. 6290. Eigene Berliner Schriftleitung. — Verlag u. Druck von Otto Uebelt, Halle-Saale

Die Haltung der Engländer

w. London, 3. August.

„Daily Chronicle“ berichtet: „Im Sonnabend findet eine Sitzung des Kabinetts statt, um über die Haltung Großbritannien in den Fragen, die auf der Konferenz des Obersten Rates zur Verhandlung kommen zu beschließen. Lord George und Curzon fahren am Montag vormittag nach Paris ab.“

Die diplomatische Vertreter der „Daily Chronicle“ sagen, finden wahrscheinlich am Montag die wichtigsten Erörterungen der Alliierten und der Finanzminister der Alliierten, betreffend die Frage der deutschen Reparationen und anderer Fragen. Auf britischer Seite nehmen Robert Curzon und mehrere Vertreter des britischen Kabinetts teil. Der diplomatische Mitarbeiter des „Daily Telegraph“ schreibt: „Der wichtigste Bestandteil des Programms der vorliegenden Pariser Konferenz des Obersten Rates ist, England hoffe, daß die Konferenz nicht lange währen möchte. Es würde einen baldigen Abschluß dadurch ermöglichen, daß die Briten den Kauf der Reparationen nicht, wie man bisher ohne weitere Begründung gestellt werden müssen. Unter diesen Fragen befindet sich die oberste Frage, die Frage der Reparationen am Rhein, der Kriegsschuldigen und die Frage bezüglich der Wahrung der deutschen Verpflichtungen. Diese Verpflichtungen der italienischen Schuldverpflichtungen über wenig Aussicht zu bestehen, daß der Abschluß der Reparationen und Schuldverpflichtungen zu einer Einigung gelange. Die wichtigsten Punkte der Verhandlung, die die Oberste Rat in der Lage sei werde, eine konkrete Lösung der Grenzfrage zu finden, und sich mit Maßnahmen zur Befriedigung der Ordnung werde begnügen müssen, wegen der Entfaltung von alliierten Verpflichtungen nach Oberösterreich gegen Wien oder auch nicht.“

„Daily Telegraph“ zufolge ist man jedoch in britischen Kreisen einverstanden, daß die oberste Frage in der Konferenz einbezogen werden soll. Die gleiche Ansicht herrscht bei den Alliierten des Kabinetts am Rhein. Die Engländer sind der Meinung, daß eine von Garantiekommission, der einige Alliierte die Frage der Reparationen überweisen wollen, nicht befugt sein kann, Maßnahmen zu großer militärischer und wirtschaftlicher Wichtigkeit zu ergreifen, die die Alliierten getroffen werden müssen. In einigen Kreisen besteht auch „Telegraph“ die Meinung zu einem Ausgleich in der Frage der Reparationen, indem die Befugnis der Alliierten aufrechterhalten, dagegen die finanzielle Belastung aufzuheben, bzw. daß Frankreich und nicht nur die Alliierten allein werden, die Kriegsschuldigen nicht zu zahlen.“

Die „Times“ mit in ihrem Leitartikel der bevorstehenden Pariser Konferenz ungewöhnliche Bedeutung bei. Das Blatt schreibt, die Zeit für sehr ernste Betrachtung der internationalen Politik der Alliierten sei gekommen. Man hat die Alliierten in der Konferenz nicht bereit sein, eine gründliche Erörterung vorzunehmen. Es besteht Grund zu der Annahme, daß die Konferenz nur zusammengefaßte Ergebnisse erzielen werde, und daß die dringenden Schwierigkeiten der Fragen in Ausdrücken herbeizuführen werden. An anderer Stelle erklärt das Blatt, die Berichte aus Oberösterreich über letztere Kämpfe, seien ein französischer Soldat verunreinigt worden sei, einen Zeichen der in Oberösterreich bestehenden Gefahr und ein Zeichen dafür, daß die angrenzlichen Gebiete an der Fronte nicht mehr zu halten sind. Die Alliierten müssen wissen, daß heute eine Kabinettsitzung unter Vorsitz von Lloyd George stattgefunden. Lloyd George wird abends nach Paris gehen und am Freitag oder Sonnabend zurückkehren. Am Sonntag wird er sich zur Konferenz des Obersten Rates nach Paris begeben.

„Manchester Guardian“ berichtet, auf seinen der französischen Sachverständigen wurde sich das Bedauern bemerkbar, in Oberösterreich nicht nur die zu halten, sondern auch die deutschen Interessen zu berücksichtigen. Paris eigene bereit, die Verdrängung dessen anzuerkennen, was London schon vor vielen Wochen vorgeschlagen habe, nämlich daß die unannehmbar deutsche Gebiete sofort Deutschland und die unbestimmten Gebiete polnische Besitzteile Polen zugewiesen werden sollten. Das Blatt meinte, es würde sich herausstellen, daß es einem solchen Vorschlag die Franzosen auf einem zeitweiligen Regime des Anstufungsgebietes nach Art des Saarregimes zustimmen werden. Die Engländer seien aber gegen die Abhaltung einer neuen Abmachung in einigen Jahren. Die britische Regierung werde Deutschland bereitbringen, daß bei gesamte oberste Problem in der nächsten Woche geregelt wird.

Auf der bevorstehenden Pariser Konferenz, so schreibt „Wall Mail“ und „Globe“, müsse hinter den Jähren vollkommene Klarheit gemacht werden, daß wenn sich Frankreich in den politischen Entscheidungs und der Politik der Alliierten gegen Deutschland bereitwillig stellt, Frankreich das Recht auf seine eigenen Schutten nehmen würde, daß ihm nicht geteilt werden, England insbesondere in ein solches Unternehmen mit hineinzuziehen. Europa würde vor allen Dingen Frieden und wirtschaftliche Tätigkeit haben, die diese Ziele werden, um selbst wieder daraus zu ziehen, sollte die gesamte Sache im Licht. „Geringe Standards“ schreibt: eine schnelle Regelung der oberösterreichischen Frage sei in jeder Hinsicht wichtig. Solange die Frage offen bleibt, sei die dauernde Frage vorzunehmen, ob die französische Regierung zu einer Vereinbarung bereit sei, die den Interessen der Alliierten gegenübersteht. England würde Frankreich nicht beherzigen, wollte dies auch nicht den Franzosen befohlen werden. England

wolle zu einer gerechten, gefunden und dauernden Lösung der gesamten Frage im Sinne des Beschlusses der Konferenz gelangen. Die „Times“ schreibt: Sie könne selber nicht annehmen, daß die Festsetzung des Tages der Zusammenkunft des Obersten Rates das Ende der Meinungsverschiedenheiten der Alliierten in der überaus wichtigen oberösterreichischen Frage bedeute. Die Gründe, die bisher gegen die Festsetzung vorgewandt worden seien, seien ungeschlüssig in weisem Maße auf die Furcht zurückzuführen, daß diese Meinungsverschiedenheiten am Konferenztage zum Ausdruck kommen könnten. Es sei jedoch wesentlich, daß der Oberste Rat nicht auszusondern, ohne die Frage endgültig entschieden zu haben. Der Konflikt in Oberösterreich habe den Frieden Europas jetzt in Zukunft. Der Wunsch, den oberösterreichischen Bevölkerung müsse von den Alliierten angenommen werden.

Frankreich in Verlegenheit

„Journal des Debats“ bepricht in seinem Leitartikel die Frage der oberösterreichischen Grenzfrage. Unter Hinweis auf die Entscheidung des Sachverständigenausschusses sagt das Blatt, Frankreich sei nicht in der Lage, für sich allein eine Entscheidung zu treffen. Es müßte ins Auge fassen, was sich in den drei Monaten abgepielt habe, um sicher zu sein, daß Großbritannien bis zum Schluß des Plan Leonard zurückzukehren werde. Frankreich könne um keinen Preis die Lösung der Reparationen und der Deutschen die nichtumstrittenen Gebiete zu übermitteln, und während mehrerer Jahre das Industriegebiet unter der Verwaltung der internationalen Kommission und unter dem Schutze eines Besatzungsheeres zu belassen. Das sei von allen Lösungen die schlimmste.

Schiedsrichter „Journal des Debats“ für eine vorübergehende Lösung ein, die für eine Teilung des Anstufungsgebietes, als deren Grundlage man den Vorschlag des Grafen Sforza nehmen könne, allerdings, in dem man die angrenzenden Gebiete verleihe.

„Reit Parisien“ glaubt, daß der General Leonard, wenn er an den Obersten Rat gehen würde, die Notwendigkeit von Truppenverpflichtungen betonen werde. Die auch die Entscheidung über die zukünftige deutsch-polnische Grenze ausfallen werde, auf deutscher oder polnischer Seite vorzuziehen, die die Angelegenheit in Frage stellen könnten, wenn diese nicht veräußert würden. Noch würde jedenfalls vom Obersten Rat gehen. Von ihm wird ein Minimum der Entfaltung eine Division zur Verstärkung begehrt, die an Ort und Stelle angekommen sei, bevor der Oberste Rat in der Grenzfrage endgültig entschieden habe.

Die Beschlagnahme der Donauflotte

Der Schiedsrichter für die in den Friedensverträgen erwähnten internationalen Fragen der Schifffahrt, Wolfer D. Sines, hat die Entscheidung in der Frage der Donauflotte, die ihm auf Grund der Bestimmungen der Friedensverträge mit Deutschland, Österreich-Ungarn und Bulgarien vorgelegt wurden, bekanntgegeben. Eine der am meisten umstrittenen Fragen war die, zu wissen, ob die gegen Ende des Krieges von Serbien, Rumänien und Frankreich vorgenommene Beschlagnahme von 600 000 Tonnen Raubraum und anderen Schiffen gültig sei. Seit alle diese Schiffe wurden von der österreichischen Regierung für militärische Zwecke benutzt. Der Schiedsrichter ist der Ansicht, daß sie nicht als Privatgut betrachtet und nicht von der Beschlagnahme auf Grund der Bestimmungen des internationalen Rechts befreit werden könne, die von Privatgut vorbehalten. Infolgedessen besteht der Schiedsrichter auf der Gültigkeit der Beschlagnahme und gewährt Serbien, Rumänien und Frankreich das Eigentumsrecht an den fraglichen Schiffen. Einige Schiffe, die von Privatgutentümern benutzt werden, werden diesen zurückgegeben. Der Schiedsrichter ist der Ansicht, daß der Bedarf Südbalans und Rumaniens vollkommen durch die gegenwärtig in ihrem Besitz befindlichen Flotte und durch die neue Beschaffung, deren Gültigkeit er bestätigt hat, gedeckt ist. Er ist der Ansicht, daß Österreich einige Rumpfschiffe abgeben soll, daß Deutschland, Österreich-Ungarn und außerdem der Tschschowlof in einem bestimmten Verhältnis 70000 Tonnen Raubraum und 450 Schleppler für den Warenverkehr abtreten sollen. Sines führt in Wien am 27. August den Vorfall in einer Sitzung, worin die den Privatgutentümern von den Empfängerstaaten zu zahlenden Entschädigungen gemäß dem Friedensverträge mit Österreich-Ungarn festgesetzt werden.

Die wirtschaftliche Lage Lettlands

Aus Riga wird geschrieben: Das Ringen der Kreditbanken um ihre politische Selbständigkeit kann vorläufig als beendet angesehen werden, die maßgebenden europäischen Staaten haben sie mit geringen Ausnahmen nicht nur der facto, sondern auch de jure anerkannt. Nun steht aber vor den Staaten die keineswegs leichtere Aufgabe, die politische Selbständigkeit durch Festigung der inneren Wirtschaft zu sichern und ihr dadurch das zu notwendige Maß für den Verkehr mit dem Auslande zu verschaffen. Dies um so mehr, als feiner der neuen Staaten ein einträgliches Wirtschaftsgebiet in sich darstellt, das alles für den eigenen Verbrauch selbst herstellen kann, sondern mehr als je ein Export auf Einfuhr und damit auf den Außenhandel angewiesen ist. Und Lettland ist von diesen Sorgen keineswegs befreit geblieben, wenn sie sich auch nicht in solcher katastrophalen Weise geltend gemacht haben wie a. B. in Polen. Immer wieder, auch in Lettland, kommt die alte Weisheit zur Veranschaulichung, daß ein von seiner politischen Leidenschaft getragener Volkshäufner zwar ein guter Patriot, nicht immer aber ein weislicherer Staatsmann, noch viel seltener ein guter Volkswirt sein muß. Und unter diesem Zwiespalt dercheinwärtigen Politik der Konfessionen tritt auch bisher die Wirtschaft Lettlands. Nach wie vor steht sie in dem Zeichen der „Agrarreform“, die nahezu die Hälfte des anbaufähigen Landes und der Forsten der rationalen Wirtschaft entzog und das Land, das gewohnt Agrarland sein soll, auf Getreideeinfuhr angewiesen sein läßt.

Der Versuch, die Agrarreform auf Druck des Auslandes hin einer gewissen Revision zu unterziehen, löstete dem Ministerium Ullmanns das Leben, und das inzwischen vier Wochen alt gewordene Ministerium Moberg, das eine breite Mittelkassation gegen Großgrundbesitz und Kommunismus aufgebracht hat, wird sich auch dieses schwierige Problem etwa ändern beherzigen zu wollen. Der Landbauausgleichungskommission ist es bisher nur gelungen, etwa 20 v. S. des enteigneten Landes anzuteilen, wobei noch berücksichtigt werden muß, daß die neuen Eigentümer oder Bauern keineswegs über Mittel verfügen, sich Gebote aufzubauen, Saatgetreide, Betriebsmittel, Zugvieh usw. anzuschaffen, so daß auch hier der Staat helfen eingreifen muß, ohne indessen wieder über ausreichende Mittel zu verfügen, den umfangreichen Kreditansprüchen gerecht zu werden. Unter diesen Umständen ergeben sich für die Einfuhr und Anstufung von Lebensmitteln während der Monate Januar bis April einschneidend folgende, für ein Agrarland forderbare Zahlen:

Einfuhr von Lebensmitteln, Vieh usw.: 1103 298 Tsd im Werte von 524 571 807 Lettischen Rubeln, der eine Lebensmittelanfuhr von nur 10 062 im Werte von 5 724 360 Lett. Rubeln gegenüberstellt. In der genannten Einfuhrzahl nimmt neben den höchsten Sozialökologischen Mehl den größten Raum ein, und zwar nicht nur Weizenmehl, sondern auch Roggenmehl, das in der Vorkriegszeit häufig in größeren Mengen auszuführen wurde. Die Einfuhr von Lebensmitteln beträgt die Hälfte der Gesamteinfuhr der Monate Januar bis April des laufenden Jahres. Die Gesamteinfuhr betrug: 2 230 867 Tsd im Werte von 1 202 372 000 Lett. Rubeln. Dagegen steht eine Anfuhr von 2 178 402 Tsd oder nur im Werte von 2 148 077 000 Lett. Rubeln. Die Hauptmengen der Anfuhr betreffen Getreide und Fleisch. Dem Werte nach übersteigt die Einfuhr der ersten vier Monate des laufenden Jahres die Anfuhr um 1 954 295 000 Lett. Rubeln. Für die letzte aufgerechnete Zeit bleibt eine starke positive Handelsbilanz bestehen. In dem Zeitraum vom 1. bis 20. Juni wurde eingeführt für 401 800 000 Lett. Rubel, ausgeführt für nur 113 966 000. Hierbei ist als Verbraucher und Produzent die Bevölkerung Lettlands mit rund 2 Millionen Einwohnern zu berücksichtigen.

Es ist also kein Wunder, wenn unter dem Druck des Mißverhältnisses zwischen Einfuhr und Anstufung, bei der mangelnden Steuerkraft des Landes und der dadurch hervorgerufenen immer neuen Erschöpfung von Geldmitteln und infolge der letzten Endes nirgends fehlenden Spekulation der lettische Rubel zu sinken anfing. Nach einer gewissen Stabilisierung im Februar d. N. mit 1 Rubel, gleich 3.50 Lett. Rubel (auf dem unter immerwährenden Schwanken bis 7.40 (in einem Tausend Tausend) für eine Reichsmark Ende Mai Anfang Juni).

Das starke Fallen des Rubels von natürlich steigende Teuerung, wachsende Unzufriedenheit im Lande nach sich. Da die teilweise von ihren Sozialreformbestrebungen gehalten ist, daß die Regierung wenigstens den Plan auf, Gold- und Staatsanleihe und ihre Anstufung gans monopolisieren zu wollen. Die Anleihe hierzu brachten dem jungen Staat schwere Verluste. Der keineswegs geistreiche Finanzminister Jurischi mußte gehen. Bei der Anstufung seines Nachfolgers schien das altbewährte englische Prinzip maßgebend worden zu sein, das in dem Finanzminister indirekt den wichtigsten Mann des inneren Kabinetts stellt und ihn auch

am besten bezahlt. Dem jetzigen Finanzminister Reinhold Salzin ging der Ruf eines erfahrenen Geschäftsmannes voraus. Reinhold ist er unabhängig. Sein Verlangen bei der Bank von England soll je viel betragen, daß er dem bereits theoretisch bestehenden leitenden Soldat (Theoretisch) angenehmer Kurs: 1 Goldbat gleich 1 Goldfrank) die noch fehlende Grundlage durch die Aufnahme einer Emittionsbank selbst schaffen könnte. Seine Vermählungen aber, ausländische Affäre für die gedachte leitende Emittionsbank zu finden, haben noch keinen größeren Erfolg gehabt.

Innerhalb ist Salzin ein ausgeprägter Sparfameisminister. Unter jetziger Mangel rauchte vor seinen Bedenken fahmende und seiner Fünftennigjährigen, Reinhold Salzin steht demnach in der Größenbahn, wenn seine Ministerkollegen aber jene Befürchtungen, die keine daran sind, in einem der zahlreichen Regierungsautos vorzubereiten. In dem schwachen leitenden Budget freudig er, mo er freiden kann, und hat auch bereits einen gewissen Ausblick der Einnahmen und Ausgaben herbeiführt.

Nichtos ging er gleichfalls gegen die ausländische Salzin vor. Der Arbeitslohn in Deußen wurde verboten. Der An- und Uebernahmestoff wurde nur bei einigen wenigen Großbanken konzentriert und diese stark kontrolliert. Es gelang, die Spekulation teilweise auszuwischen. Die bereitliegende neue Emittition von 1 1/2 Milliarden leitendlichen Rubeln wurde zurückgehalten, es trat eine Rubelknappheit ein. Gena, die zur Sicherung Salzin gekauft hatten, waren gezwungen, abzurufen. Der Wert des ausländischen Geldes fiel, bis die übliche Bank einlegte und neben bedeutender Schwächung des Dollars und des Pfund Sterling's unter empfindliche Reichsmaß sich einen Rückgang auf 4,75 bis 5 Mt. gefallen lassen mußte. Dem gilt Salzin als der Retter der leitendlichen Salzin. Ohne Zweifel wird ihm ihre Stützung bei den angelegentlichsten Verbindungen der leitendlichen Finanzminister in Rußland über die Möglichkeit eines sehr engen wirtschaftlichen Zusammenhanges, bei denen auch die Verträge eines Zollvereins zwischen, Ostpreußen, Lettland und Estland gelöst werden sollen, inerst guttaten kommen.

Wie weit aber Salzin infolge sein wird, das wirtschaftliche Leben Lettlands im allgemeinen zu leben, diese Frage kann noch nicht beantwortet werden. Bisher ist er sein Hauptaugenmerk auf die Erhöhung der Produktionsmöglichkeit des Leitens Staates richten müssen. Und hier liegt klar auf der Hand, daß die ganz zum Stillstand gekommen Industrie sowie die Landwirtschaft ohne Kapitalzufuß von Auslande sich nicht wird erholen können.

Recher ist die bisherige leitendliche Politik nicht dazu angehen gewesen, Kapital anzulocken. Es ist vielmehr zu begreifen, wenn sich Lettland gegen das ganze Goldhandel im Baltikum zu monopolisierenden Bestreben der englischen Firma Edin Smith gewandt hat, innerm sein die Durchführung des Salzingesetzes vom April 1920 abkündend wirken. Dieses Gesetz, das hauptsächlich gegen Deutschland und Rußland gerichtet ist, ermöglicht leitendliche Staatsbürger, die Berufstätigen, die vor dem 1. Januar 1918 eingewandert wurden, zum Staatszuge von 1 leit. Mt. gleich 1,50 Mt. oder 1,20 Mt. abzugeben und solche Berufstätigen, die nach dem 1. Januar eingewandert sind, zum Staatszuge von 1 leit. Mt. gleich 2 Reichsmark oder 2 Rubel. Es braucht nicht lange vorzureden zu werden, welchen Verlust die deutsche willkürliche Befestigung für deutsche Kreditoren mit sich bringt.

Der Friedensvertrag zwischen Lettland und Deutschland ist in dessen noch ein Revolutionsform. Die deutsche Kommission zur entgeltlichen Verhandlung, Regelung der gegenseitigen Kriegsschadensfragen, Abschließung des Handelsvertrages u. d. m. in Riga eingetroffen und wird in den nächsten Tagen die Verhandlungen mit den leitendlichen Bevollmächtigten beginnen. Sogleichlich verläßt Lettland über so viel Einigkeit, um sogleich angebracht, "Sieger", Willen aufzugeben und zu verstehen, daß ihm die so notwendige wirtschaftliche Hilfe am besten von dem ihm kulturell und wirtschaftlich so naheliegenden Deutschland gebraucht werden kann.

Die Ernteausichten

Ein Artikel des Reichsvereins von Wagnern.

Im Rahmen einer Rundfrage über die Ernteausichten, die der "Berliner Kolonialzeitung" beantwortet, schreibt Reichsverein von Wagnern im dem genannten Wort:

Die öffentliche der amtlicher Seite ausgehende Warnung vor einer zu optimistischen Schätzung unserer Ernteausichten ist leider durchaus begründet, wie ich schon nicht in der Lage bin, hier darzulegen. Wir haben seit Monaten nicht nur in der größten Teil Deutschlands, sondern auch in ganz Europa und darüber hinaus unter einer geradezu vernichtenden Hitze zu leiden gehabt. Wintergetreide (Weizen, Roggen, Wintergerste) dürften trotzdem im Durchschnitt noch eine Mittelernte geben, sie sind trotz im Stroh geblieben, haben aber, abgesehen von ganz leichten Wintern, auf welchen Körnerernte eingetroffen ist, im ganzen gut ausgebildete Ähren; von einer Winterernte kann aber gar keine Rede sein. Sommerkorn (Weizen, Gerste, Erbsen und Bohnen) sind auf leichten und mitteren Böden, wo nicht ausnahmsweise zufällig ein Schatzregen hingekommen ist, schwer geschädigt, die Ähren dünn; eine Resternte ist fast ausgeschlossen. Die familiäre Getreide reif ist und gemäß wird. Weizen liegt auf leichten Böden eine Winterernte, auf besseren eine Sommerernte, unter Mittel, bevor.

Gras und Klee haben im ersten Schritt infolge der anhaltenden heißen Nächte einen Ertrag unter Mittel erreicht; der zweite Schritt wird zum größten Teil ausfallen, die Pflanzen sind ausgedünnt und müssen sich Weide genügen werden, um das Vieh vor dem Verhungern zu schützen.

Sorabell, sowohl als Reisins so als Stoppelfeld, ist betrauert, ein schwerer Verlust für Viehhaltung und Grünland; ebenso für Lupinen zum größten Teil verrotten oder geben bestmögliche einen Ertrag nur unter Mittel.

Die entscheidende Frage für die Volksernährung ist gurgelt: Was wird aus der Winterernte? Es ist zu hoffen, daß die in den letzten Tagen, anfangs in erfreulicher Ausbreitung, niederschlagenden Winternächten das Schlimmste der bisherigen Winterernte haben auf leichten Böden schwerer gelitten und geben flüchtige Erträge. Die Spätkornerernte, welche für unsere Volksernährung entscheidend sind, waren selbst auf mitteren Böden im Unklaren begriffen, auf leichten Böden haben sie bereits fast gelitten. Von einer Winterernte kann deshalb auch bei Winterernte keine Rede mehr sein. Wir wollen trotz dem, wenn wir eine Mittelernte bekommen; alle Voraussagen sind sinnlos, die Winterernte in den nächsten Wochen ist für den endgültigen Ertrag entscheidend. Was für die Winterernte gilt, gilt auch für die familiären übrigen Gattungen. Mit größter Sorge setzen die Viehhalter in der Zukunft; der erste Schritt vor unter Mittel, der zweite fast ausgeschlossen. Hier hängt es vollkommen von der weiteren Entwicklung der Gattungen (Winterernte, Weizen, Erbsen) ab, ob man die Viehherde durchhalten kann. In diesen Umständen wird das nicht möglich sein, und das bedeutet einen schweren Rückschlag für die gesamte landwirtschaftliche Kultur der nächsten Jahre.

Es wird hohe Zeit, daß der amtlicher Seite der der leitendlichen Schätzung unserer Ernteausichten, wie sie einige demotivierende Mäcker hochgeh, genormt wurde. Man kann die Verbreitung derartiger Nachrichten nur als Inflag größter Art bezeichnen, und man ist fast bestürzt, denjenigen Mäcker zu geben, welche behaupten, daß es sich hierbei um eine planmäßige Zerschlagung der öffentlichen Meinung handelt, mit dem ausgesprochenen Ziel, später gegen die zurückgehenden Agrarier und gegen die Zwangsministerien gegen zu kommen, wenn ansatz des angelegentlichsten Lebensjahres eintritt. Es liegt bis jetzt kein Anlaß zur Schwärzung vor, wenn die Regierung der letzten Tage wirklich weit vorberichtet gewesen sind, und wenn wir ferner für das Gedächtnis der Gedächtnis günstige Wirkung behalten, aber vor irgendwelcher Schwärzung kann nur auf das bringende genormt werden.

Es wäre an der Zeit, wenn man sich an den amtlichen Stellen allmählich darüber klar würde, daß aus dieser

Situation auch gewisse Folgerungen gezogen werden müssen in erster Linie und vor allem für die Beschaffung der Getreidemenge.

Hermes' Ernährungsprogramm

Frankfurt a. M., 8. August

Wie ausführlich berichtet, machte Reichsernährungsminister Hermes seinen in Rüdigerhagen programmatische Reden über die Beschaffung der Getreidemenge. Hermes sprach wie die "Frankf. Ztg." meldet, eine Rede, die im wesentlichen der Presse statt. Bei dieser Zusammenkunft war Dr. Hermes ausführlich auf die ihm gestellten Fragen bezüglich der bevorstehenden Winterernte eingegangen, die eine derartig beschränkte Menge an Getreide für den Winter umfassen sein werde. Für die nächsten Monate ist die Beschaffung gesichert. Das Umlageverfahren bildet den Ausgangspunkt für die richtige Verteilung des Getreides, das nach dem in Hinblick auf besondere Bestimmungen im Getreidegesetz. Für Roggen und Weizen ist aller Mehlbedarf nach eine Mittelerte zu erwarten. Die Ausfuhr von Futtermittel und Kartoffeln seien zwar weniger günstig, könne er, der Minister, den bestehenden Restriktionen in der Ausfuhr entgegen zu sein. Die Weizen, der Minister, zur Bekämpfung mit der pflanzlichen Ernährung nach, indem er sich in der Lage sieht an der Zeit über sein Ernährungsprogramm sprechen.

Münchener Beamtentagung

- Gelegentlich des Vortrages in München beauftragt die Deutschnationale Beamtenschaft (D. N. B.) für alle am Vortrage teilnehmenden öffentlichen Beamten und Beamtinnen, sich für den Aufenthalt befindlichen, am Freitag, den 8. September, abends, den 8. September, nachmittags 4 1/2 Uhr im Hotel "München", Platz 6, eine Sondertagung mit folgender Tagesordnung:
1. Begrüßung.
 2. Bürgermeister Beutl, M. d. N., 1. Vorsitzender der D. N. B., München.
 3. Dürfen und wollen wir das Berufsbeamtentum preisgeben? Berichterstatter: Landtags-Oberstaatssekretär Dr. Baumgarten, München.
 4. Die deutschnationale Beamtenschaft und die Beamten. Berichterstatter: Staatsrat-Beauftragter, Dr. Wagner, M. d. N., München.
 5. Ausrede.

Die Reichhaltigkeit des Programms läßt eine besonders zeitnahe Teilnahme erwarten.

Die Wolgadeutschen auf dem Wege nach Deutschland

Riga, 8. August

Alle russischen Zeitungen berichten über die desorganisierte Lage der Wolgadeutschen. Die deutschen Siedlungsstellen liegen mitten im Hungertode, die Schichten von allen Zufuhren aus den besser entwickelten Gebieten, wie Tobruk und Cholera fordern unangenehme Opfer. Zahlreiche deutsche Familien haben sich von dem Boden, den sie seit 100 Jahren lang besaßen, getrennt. In die deutsche Heimat zu zurückzukehren, wenn auch nur ein Teil der Wolgadeutschen gestattet werden soll, kann nicht die Rede sein, sonst ist es zu spät.

Der Entwurf eines Ausreisegesetzes wird nach maliger abgeschlossener Bearbeitung durch das Reichsministerium nunmehr dem Reichspräsidenten vorgelegt, so daß es in der nächsten Zeit in Kraft treten kann.

Deutsche Frier. Am 28. August - dem Geburtsstage Goethes und dem Jahrestage der Schlacht von Zangenberg - wird auf dem Hauptbahnhof bei Sinsau (20 Minuten von Sinsau, 20 km von Sinsau entfernt), einer der herrlichsten Punkte des Wolgaden eine "Deutsche Frier" stattfinden, die dem deutschen Volkstum gewidmet ist. Der aus den großen Anstaltsabteilungen herbeigeführte Frier wird ein sehr feierliches und würdevolles Bild zeigen. Bei dem Frier werden hervorragende Vertreter aus allen Staaten deutscher Zunge, die am Wolgaden aufammenfanden, sprechen.

Der Richtigturn von Sarthausen

Novelle von H. Bartholomäus.

(Nachdruck verboten.)

„Gut! word es im Zimmer. Die beiden Armsteds überlegten.“

„Was verlangen Sie, frage Philipp Armstedt, Sie können unmöglich glauben, Sie sollen mit Nutzen ausgehen, alles behalten dürfen.“

„Was mir gefügt, das will ich, das darf ich behalten! Ebenso, was anderen geruht ist, diesel,“ sagte Eghard.

„Und ich soll alles verlieren! Ach, der ich auch unzufriedig in all das gekommen bin!“

„Unzufriedig?“, rief Eghard mit Schnalzen.

„Natürlich unzufriedig! - Gab ich etwa an all dem nur die geringste Schuld, was vor hundert Jahren geschehen ist? Und dem Wätern?“

„Wer den Vorteil!“ sagte Eghard, „und den haben Sie, was Ihr Sohn ausgeführt hat!“

„Den Vorteil?“, wiederholte Philipp Armstedt, „den haben Sie auch! Was wären Sie, wenn sich nicht mein Großvater Ihrer familie angenommen hätte! Ihrer familie, die in Deutschland blieb!“

„Ich wollte, er hätte es unterlassen!“, sagte Eghard.

„Ihre familie hat Vorteile davon gehabt und Sie müssen herausgeben, was Sie davon haben!“, sagte Paul Armstedt.

„Mit welchem Recht verlangen Sie das von mir?“, sagte Eghard, „heut damit.“

„Mit welchem Recht? Wo ist hier Recht! Hier, wo alles auf Unrecht gebaut ist!“

„Paul Armstedt grunzte wie ein angelegentliches Tier.“

„Gut! Ich tue, was Sie wollen! Was verlangen Sie?“, fragte sein Vater.

„Sie unterlassen jeden feindseligen Schritt gegen Sarthausen, Duxitor und mich! Sie geben die Wechsel und Schuldscheine heraus, geben sie zur Aufbeziehung bei Schuldlosen & Co. hier in Bremen. Sie will unterlegt werden, was Ihnen daran rechtmäßig zuerfällt! Sie weisen den Verbleib meines Bankbotes nach.“

„Die wann?“, sagte Paul Armstedt.

„Sofort!“

„Unmöglich!“

„Wander! Gehen Sie zur Polizei!“

„Ich will es tun!“

„Was wann?“, fragte Eghard.

„In fünfzig Tagen!“

„Gut! Hintergehen lasse ich mich aber nicht! Dieser Herr soll Sie beobachten, bis alles abgemacht ist!“

„Kommen Sie!“, sagte Philipp Armstedt, „Sie -“

„Keine Bedingungen!“, rief Eghard, „geben Sie mit ihnen und erlassen mir Bericht!“

Die beiden Armsteds entfernten sich, Wimperton folgte ihnen. Eghard wartete eine Zeit, dann ging er ebenfalls, aber durch das Vorzimmer. Theda trat ihm entgegen.

„Ich sollte für meinen Vater einen Auftrag ausrichten - da hätte ich Sie sprechen!“

„Saben Sie verstanden?“

„Alles! - Wie das Ganze auf Betrug und Verbrechen aufgebaut!“, sagte Theda.

„Sie müssen das nicht so hart benennen!“, sagte Eghard, „sagen Sie es nicht alles! Und das würde hat im Leben nicht diesen Namen! Da heißt es, Geschäftskennntnis, Verhandlung, Klugheit, Mut, Entschlossenheit, Zielbewußtsein! Ueberhaupt alles, was Erfolg zu verprechen könnte! Ob er dann dauernd ist, danach fragt der Glücklichste! Er hat den Erfolg und weiß, daß es ohne Glückseligkeit - für andere und für sich, selbst! - keinen Erfolg gibt, und weiß, was der Erfolg gilt!“

„Sie sprechen nicht Ihre Meinung! Sie sagen mir die der Welt! Und ich will Ihre Ansicht hören!“

„Mein Urteil! Theda! Ich meine, die Sachen sind alle - wenigstens zum Teil! - viel zu lange her, als daß man darüber jetzt noch urteilen sollte oder wenigstens daraus Entschlüsse fassen! Lassen Sie es ruhen! Es ruht im Meer, das keine Opfer nicht wiedergibt!“

„Und, wenn es sie wiedergibt? Wenn es seine Toten wiedergibt?“

„Wenn! Wer fragt danach, durch wessen Schuld die unglücklichen Leute von Menschen auf dem Meeresgrunde liegen! Durch wessen Schuld die Schiffe, die Millionen der Vergangenheit Niemand! Nicht einmal wer sie findet!“

„Das alles sagen Sie mir nur, um über den bitteren Eindruck mir hinwegzuhelfen!“

„Meine Ansicht ist das! Gewiß! Aber meine Meinung bleibt doch dieselbe! Ich möchte Ihnen helfen!“

„Aber mir kann nicht geholfen werden! Eghard!“

„Theda! Was kann das Ihnen sein! Was kann es Ihnen sein, was andere getan haben!“

„Um so schwerer trifft es mich! Ich muß mich entschließen, mich von allen betrennen!“

„Ich kann schon jetzt kaum ertragen, was mir angetan wird! Was mir angetan wird!“

„Uebereilen Sie nicht! Es ist nicht nötig, daß Sie gestören, weil andere vernünftig!“, sagte Eghard.

„Wahrlich! Ich gehe ich nach Enten! Zu Margriet!“, erwiderte Theda, „- kann ich auf Ihren Gehüt rechnen?“

„Ich habe Sie immer überlässig gefunden!“

Eghard drückte ihre Hand und ging Theda hat ihr nach und kam erst dann auf den Auftrag ihres Vaters an die Hausdienerschaft zurück. Dann fuhr sie nach dem Hause ihres Vaters. Dort traf sie Graf Georg Duxitor.

„Graf Duxitor!“, sagte er, „- ach! Fräulein Theda! Im ersten Augenblick habe ich Sie nicht erkannt! Ich meine, Ihre Gegenwart! Ich bin frei - ich kann den Wünschen meiner Seele folgen - wollen Sie mir angehen?“

Theda vermochte nicht zu antworten, aber sie sah im mit dankbarer Freude an.

„Theda!“, rief er und lächelte.

„Geeh!“, sagte sie - „ich könnte so glücklich sein! Und bin so unglücklich!“

„Ich weiß von allem“, erwiderte er, „- wenn Du willst, bringe ich Dich sogleich zu meiner Mutter!“

„Nicht jetzt“, sagte sie, „- ich gebe Dir Nachsicht!“

(Fortsetzung folgt.)

